

Stoppt Müll auf der Hürfeldhalde

Liebe Mitbürgerinnen und -bürger

Wir sind ja schon viel gewohnt von dieser unheiligen Allianz aus Bergbaubetreiber RAG, Bergbehörde in Dortmund und den Bezirksregierungen in Düsseldorf und Münster sowie den übergeordneten Ministerien in Düsseldorf - Umwelt und Wirtschaft.

In der Vergangenheit konnten wir schon vergeblich auf Rechtsbrüche der RAG hinweisen – die Bergbehörde ignorierte diese nicht nur, sondern stellte der RAG gegenüber der Staatsanwaltschaft auch noch einen persilschein aus. Umweltprobleme wie auch die Gefährdung der Bevölkerung, die sich schon bei der Genehmigung von Abbauten abzeichneten, wurden und werden schöngeredet wie letztlich noch bei dem neuen RBP für den Salzbergbau am Niederrhein, wo die Bürgerinnen und Bürger jetzt täglich unter Erderschütterungen leiden und Bergschäden in den nächsten 80 bis 120 Jahren zu erwarten haben (Die Senkungen im Salzbergbau erfolgen über einen so langen Zeitraum)

Hier und heute sind wir allerdings von einer neuen Qualität von möglicher Rechtsbeugung konfrontiert.

Obwohl in der Vergangenheit ein rechtsgültiger Vertrag zwischen der Stadt Dorsten und dem Bergbauunternehmer über die Nachnutzung der Hürfeldhalde geschlossen wurde, soll es jetzt heißen „pacta **non** sunt servanda“. Das wichtigste Prinzip der Rechtsprechung, das Prinzip der Vertragstreue soll gebrochen werden!

Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die sich zurzeit zwar international zu etablieren scheint, die wir bisher im öffentlichen Leben Deutschlands aber nicht kannten.

Wir kennen alle den Spruch: Bundesrecht über Landesrecht, Bergrecht über Bundesrecht.

Jetzt soll wohl der Spruch noch erweitert werden: **BergUnrecht** steht über Bergrecht.

Wenn es um Geschäfte für die RAG und deren Ableger geht, scheint nichts anderes zu gelten!

Aber die öffentliche Hand spielt mit. Statt sich rechtzeitig um Alternativen für die unumgängliche Entsorgung von Zivilisationsmüll zu kümmern, sucht man den bequemen Weg und will offenbar dafür auch einen Rechtsbruch in Kauf nehmen.

Der alte Vertrag von 1982 soll nach dem Adenauerschen Prinzip „was kümmert mich mein Gerede von gestern“ einfach für nicht mehr zeitgemäß und damit für ungültig erklärt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen akzeptieren, dass sie nach jahrzehntelangen Belästigungen durch den Bergbau jetzt auch noch auf Jahrzehnte hin Mülltransporte vor der Tür haben werden und schließlich ein Monstrum an Halde mit unabsehbaren Folgen für die Umwelt vor der Nase bekommen sollen. Dorsten soll sich nicht von den Unbilden der Kohleförderung erholen und fortentwickeln dürfen, das vorhandene Gewerbe wird durch die mögliche Grundwasserverseuchung gefährdet und neues Gewerbe von einer Ansiedlung abgeschreckt.

Aber es gibt auch Hoffnung und Zuversicht. Ähnlich wie in den Asterixgeschichten, wo ein kleines gallisches Dorf sich erfolgreich gegen die übermächtigen Römer wehrt, gibt es hier ein kleines „Dorf“ in Form der Stadt Dorsten und seiner politischen Gremien, die sich nicht so leicht unterkriegen lassen wollen. Aber diese Kämpfer brauchen Unterstützung durch Sie, durch möglichst viele Bürgerinnen und Bürger und da ist es gut, dass wir hier und heute ein Zeichen setzen. Unter der Hand scheint es

schon fast mafiaähnliche Äußerungen gegeben zu haben nach dem Motto: „Wir haben denen ein Angebot gemacht, dass sie nicht ablehnen können“. Deshalb ist es wichtig, standhaft zu bleiben und sich nicht zu verkaufen.

Ich bin aber auch zuversichtlich. Wir bzw. Sie haben den Bergbau hier früher als vorgesehen gestoppt, ich bin sicher, Sie werden auch die Müllpläne von RVR, AVR, DAH und RAG verhindern. Stellen Sie wieder die Kreuze auf: „Stoppt Müllhalde“ statt „Stoppt Bergbau“, machen Sie weiterhin die Öffentlichkeit durch Aktionen wie die heutige aufmerksam und Sie werden Erfolg haben.

Dafür wünsche ich Ihnen, Euch und uns alles Gute.
